

II. Kriegspropaganda und Normen politischer Kommunikation

“When our own nation is at war with any other, we detest them under the character of cruel, perfidious, unjust and violent: But always esteem ourselves and allies equitable, moderate, and merciful.” David Hume, *A Treatise of Human Nature*¹⁰

Politische Kommunikation wird als „das zentrale Strukturelement demokratischer Systeme“ (Rhombert 2009: 13) betrachtet, da „demokratische Politik [...] zustimmungsabhängig und deshalb auch begründungspflichtig“ ist (Sarcinelli 1998: 148). Legitimität politischer Entscheidungen entsteht also in der öffentlichen Debatte, durch die öffentliche Begründung politischer Entscheidungen im Diskurs zwischen Politik, Medien und Bürgern (Rhombert 2009: 229f.).¹¹

Eine wesentliche Grundlage dieser öffentlichen Legitimierung politischer Entscheidungen sind gesellschaftliche und politische Normen, die hier nicht im kodifizierten, d. h. juristischen Sinne verstanden werden, sondern als Werte und normative Orientierungen. Gerade in der öffentlichen Legitimation von Kriegen treffen verschiedene Wertvorstellungen aufeinander. Dabei sind zwei Ebenen relevant: grundlegende Werte und Normen, die die Entscheidung beeinflussen, ob ein Krieg als legitim angesehen wird und kommunikative Normen, mittels derer die Legitimationsbemühungen bewertet werden. Gerade die Entscheidung, ob Krieg geführt wird und die Bewertung der Kriegführung werden in der Öffentlichkeit oft ebenso kontrovers diskutiert wie die Frage, ob die Rechtfertigungsbemühungen von Militär und Regierung gegenüber der Öffentlichkeit kommunikativen Normen genügt haben.

Politische Kommunikation enthält neben der informierenden auch immer eine persuasive Komponente: Kommunikatoren wollen überzeugen. Sei es zur Artikulation von Partikularinteressen, sei es aufgrund einer spezifischen Sichtweise auf Probleme oder einer aktuellen Konfliktlage. Politische Akteure versuchen, Zustimmung zu ihren Entscheidungen zu erhalten und Akzeptanz für spezifische Lösun-

¹⁰ Hume (Book II, Part II, Sect. III)

¹¹ Idealtypisch findet nicht nur eine Begründung politischer Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit statt, steht nicht nur die Information von Bürgern im Mittelpunkt. Der normative Anspruch an moderne Demokratien ist, dass sie in der Lage sind responsiv zu handeln und eine wechselseitige Kommunikationsbeziehung mit Bürgern herzustellen. Hierher gehört das von Grunig und Hunt (1984: 21-27) postulierte Idealbild symmetrischer Kommunikation.

gen zu finden. Politische Kommunikation ist also zielgerichtet und es stellt sich die Frage, welche Mittel und Techniken eingesetzt werden, um diese Ziele zu erreichen und welche Rahmenbedingungen diese beeinflussen. Die öffentliche Legitimation von Kriegen soll daher im Folgenden in drei Schritten diskutiert werden, um diese Überlegungen anschließend zu einem Analysemodell zu verdichten.

Im ersten Schritt (Kapitel 1) werden die normativen Grundlagen von Kriegführung in westlichen Gesellschaften herausgearbeitet. Wesentliche Grundlage ist dabei die klassische „Theorie des gerechten Krieges“, die im Anschluss an den Vietnamkrieg vor allem in den USA – aber auch in Deutschland – wieder an Bedeutung gewonnen hat. Auf Basis dieser Ideen soll hier zunächst geklärt werden, unter welchen Bedingungen die Entscheidung, Krieg zu führen als gerecht betrachtet wird und welche Prinzipien eingehalten werden müssen, damit die Kriegführung selbst als gerecht angesehen wird. Ergänzt wird dies durch Überlegungen zum Umgang westlicher Gesellschaften mit eigenen Kriegsopfern auf Basis der Konzepte der postheroischen Gesellschaften und des „risk-transfer militarism“, die möglicherweise im Widerspruch zu den Normen des „gerechten Krieges“ stehen.

Darauf folgen Untersuchungen (Kapitel 2) zu normativen Aspekten politischer Kommunikation. Dazu werden zunächst grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von normativen Idealen und empirischer Realität politischer Kommunikation (Habermas 2006) angestellt, die durch eine Diskussion der Begriffe Public Relations und Propaganda präzisiert werden. Es wird versucht, den Begriff der Propaganda zu rekonzeptionalisieren und auf seine sozialwissenschaftliche Nutzbarkeit hin zu prüfen. Dabei soll er vom polemischen Verständnis im öffentlichen Diskurs abgegrenzt und die Abgrenzung zu seiner „jüngeren Schwester“ (Bussemer 2005: 17) Public Relations geklärt werden.

Im dritten Schritt (Kapitel 3) wird eine Einordnung persuasiver Kommunikation in den Prozess politischer Kommunikation vorgenommen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welches Verhältnis Medien, Politik und PR speziell in der Kriegs- und Krisenkommunikation haben. In diesem Kontext wird anschließend (Kapitel 4) die Ausgestaltung persuasiver Kommunikation untersucht. Ausgehend vom Begriff des News-Managements und von Konzepten der Krisenkommunikation werden theoretische Grundlagen des Framing-Konzeptes und der Feindbildforschung genutzt, um ein Modell zu entwickeln, das ausgehend von verschiedenen Rahmenbedingungen die Analyse staatlicher Legitimationsbemühungen in Kriegen sowohl auf der organisatorischen wie auf der inhaltlichen Ebene vor dem Hintergrund normativer Anforderungen ermöglicht.

1. Kriegsbild, Gesellschaft und Kriegführung

Das Verständnis von Krieg in westlichen Gesellschaften hat weit zurückliegende Wurzeln: Auf den 30-jährigen Krieg folgte in Europa die Einhegung von Gewalt im

Rahmen der „militärischen Revolution“ und der Westfälische Frieden bildete zudem die Grundlage des modernen Völkerrechts. Dies war eine Voraussetzung für das Entstehen souveräner Staaten, die stehende, kontrollierbare Heere aufbauten. Mit der Französischen Revolution setzte dann die erneute Entgrenzung militärischer Gewalt ein. Diese und die industrialisierte Kriegführung des Ersten und Zweiten Weltkriegs prägten das bis zum Ende des 20. Jahrhunderts dominierende Bild des Krieges. Daher bestimmten noch in den 1980er Jahren konventionelle Streitkräfte, die mit schwerem Gerät und Massenvernichtungswaffen das Territorium von Ländern verteidigten, die Vorstellung von der Kriegführung. Mit den Weltkriegen ging auch eine Delegitimierung des Krieges einher, die durch das „sinnlose Schlachten“ (Shaw 2002:343, eigene Übersetzung) in den Schützengräben von Flandern begann.¹²

Auch für die USA waren diese Konflikte bestimmend. Zwar erreichten die Kriege des 20ten Jahrhunderts nie das amerikanische Festland und damit die Zivilbevölkerung der USA, doch verlor auch eine halbe Million US-amerikanischer Soldaten ihr Leben in den beiden Weltkriegen. Hinzu kamen ca. 36.000 Tote im Koreakrieg und die 58.000 Toten des Vietnamkrieges. In den USA hat sich an den Vietnamkrieg eine Debatte um die Legitimität von Kampfeinsätzen angeschlossen. Nicht nur die großen eigenen Verluste, sondern auch die Berichte über Massaker, der massive Einsatz von Napalm, dessen Auswirkungen auf die Bevölkerung bis heute die Ikonografie des Vietnamkrieges prägen, und der Einsatz des dioxinhaltigen Entlaubungsmittels „Agent Orange“ führten zu einer intensiven Diskussion über die Legitimität dieses Krieges. Dieser große Einfluss auf den Kriegsdiskurs in den USA entstand,

„by showing how even the limited kind of war, that could be fought despite nuclear weapons, would also involve senseless slaughter. The importance of this experience was that it affected the most powerful Western state, the only one (apart perhaps from Britain) in which the use of war was not already delegitimised by the horrors of 1939–45“ (Shaw 2002: 344).

Solche Kriegserfahrungen haben auch den gesellschaftlichen Umgang mit Krieg verändert und geprägt. Neben grundsätzlich kriegskritischen Einstellungen, die gerade in Deutschland eine hohe Bedeutung erlangt haben, haben sich in westlich geprägten Demokratien vor allem drei Fragen herauskristallisiert:

1. *Ist die Entscheidung Krieg zu führen legitim?* Hier steht die eigentliche Entscheidung, militärische Mittel einzusetzen im Vordergrund und wird an moralischen Maßstäben geprüft.

¹² Zu historischen und kulturgeschichtlichen Aspekten von Militärentwicklung in Deutschland vergleiche auch Martin Kutz (2006).

2. *Ist die Kriegsführung gerecht?* Welche Mittel werden im Krieg wie eingesetzt und sind diese im Verhältnis zu den Zielen angemessen?
3. *In welchem Ausmaß werden eigene Tote in Kriegen gesellschaftlich akzeptiert?* Hier steht die Frage im Vordergrund, inwieweit für ein politisches Ziel der Tod von Soldaten akzeptiert wird und in welchem Maße eine Gesellschaft bereit ist, für diesen Zweck Menschen zu opfern.

Zwei Theorieansätze sind geeignet, die unter 3. aufgeworfenen Fragen zu klären: der von Robert Luttwack (1995) geprägte Begriff der „postheroischen Gesellschaften“ und Martin Shaws Idee der „risc-transfer-warfare“. Die Fragestellungen unter 1. und 2. sollen im folgenden Kapitel im Rahmen der Theorie des gerechten Krieges behandelt werden.

1.1. *Der gerechte Krieg*

“And over time, as codes of law sought to control violence within groups, so did philosophers and clerics and statesmen seek to regulate the destructive power of war. The concept of a ‘just war’ emerged, suggesting that war is justified only when certain conditions were met: if it is waged as a last resort or in self-defense; if the force used is proportional; and if, whenever possible, civilians are spared from violence.” (Barack Obama, Oslo, 10.12.2009)

Die Frage nach der Legitimität der Entscheidung Krieg zu führen und nach der Angemessenheit der Kriegführung selber hat ihre Grundlagen in der Theorie des gerechten Krieges. Diese gründen auf der Unterscheidung des Rechtes zum Krieg (*ius ad bellum*), das die Kriterien zur Bewertung der Kriegsgründe bereitstellt, und des Rechtes im Krieg (*ius in bello*), das die Austragung des Krieges selbst regelt (Krause 2008: 144). Bei Ersterem steht also die Frage im Vordergrund, unter welchen Umständen die Entscheidung Krieg zu führen gerecht ist, während bei Letzterem die Frage nach der Gerechtigkeit und Angemessenheit der Kriegführung selber im Fokus steht.

Die Idee des gerechten Krieges hat eine lange Tradition.¹³ Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach dem gerechten Grund, der sowohl darin bestehen kann, den Bruch der Friedensordnung zu bestrafen, als auch in der Bestrafung für eine Verletzung der göttlichen Ordnung (Bellamy 2006: 25-29; Krause 2008: 117-119). Thomas von Aquin entwickelte die Ideen Augustinus‘ weiter und befand, der Krieg müsse in rechter Absicht (*intentio recta*) geführt werden und von einer höchsten politischen Autorität (*auctoritas principis*) beschlossen werden (Krause 2008: 115-120). Damit lässt sich gerade in der von Augustinus geprägten christlichen Lehre vom gerechten Krieg der Versuch einer Einhegung des Krieges erkennen, die auch darin zu erkennen ist, dass er davon ausging, dass ein Monarch – der Einzige der

¹³ Ein kurzer Überblick findet sich bei Gruber (2008: 29-37), ein ausführlicher bei Krause (2008: 116-135).

den gerechten Krieg erklären durfte – im Gegensatz zu seinen Soldaten göttliche Vergeltung fürchten müsste, falls er einen nicht gerechten Krieg führte (Bellamy 2006: 28).^{14 15}

Hatte die Lehre vom gerechten Krieg im Mittelalter noch Eingang in das kanonische Recht gefunden und war zur Rechtfertigung päpstlicher Kriegsentscheidungen zur Sicherung des christlichen Glaubens genutzt worden, verlor sie in der Folge in Europa an Bedeutung. Statt auf die Verteidigung des Christentums konzentrierten sich die Autoren – vorrangig zu nennen sind Francisco de Vitoria und Franzisco Suarez – auf die Legitimation der Kriege und Eroberungen in der „neuen Welt“ in Übersee. Während diese Autoren erste naturrechtliche Ansätze im Völkerrecht entwickeln, verliert gleichzeitig das Gebot der Vermeidung von Kriegen an Bedeutung. Das Recht von Staaten Krieg zu führen wird immer weiter anerkannt, moralische Gründe treten immer weiter in den Hintergrund und die Wahl der Mittel tritt in den Vordergrund. Diese Ansätze finden dann Eingang in die Arbeiten Hugo Grotius' und das Völkerrecht: Das Souveränitätsprinzip führt dazu, dass das Recht zum Krieg uneingeschränkt gilt; lediglich das Kriege recht – genauer das Kriegsführungsrecht – legt hier Beschränkungen auf, die sich an den Regeln des klassischen ius in bello orientieren. Nur das Recht zum bewaffneten Aufstand gegen einen Tyrannen und zur Intervention in einem solchen Fall bildet eine Ausnahme vom Souveränitätsprinzip (Krause 2008: 120-126).

Die Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert schreibt zunächst diese Ansätze fort. Im Mittelpunkt der völkerrechtlichen Debatte steht auf der einen Seite das Souveränitätsprinzip, das lediglich durch einige militärische Interventionen durchbrochen wird, die dem Schutz von Christen im Osmanischen Reich dienen und mit dem Begriff der „Humanitären Intervention“ begründet werden. Während das ius in bello in den Genfer Abkommen in mehr als hundert Jahren zwischen 1864 und 1977 immer weiter kodifiziert wird, beginnt infolge des Ersten Weltkriegs eine Abkehr von der Idee eines uneingeschränkten Rechtes zum Krieg, die in der Satzung des Völkerbundes, dem Briand-Kellogg-Pakt und im allgemeinen Gewaltverbot der UN-Charta ihren Ausdruck findet.¹⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich wieder eine dezidierte Diskussion über die Theorie des gerechten Krieges. Zunächst noch im kleinen Rahmen, ausgelöst durch die britische Auseinandersetzung über die Bombenangriffe auf

¹⁴ Eine ausführliche Darstellung von Augustinus Lehre findet sich bei Mattox (2006).

¹⁵ Hier lässt sich auch eine Parallele zu Ansätzen der spanischen Spätscholastiker erkennen: „die bevorzugte Anwendung der Lehre vom gerechten Krieg auf räumlich peripher gelegene und zudem als moralisch minderwertig vorgestellte Gemeinschaften“ (Krause 2008: 121).

¹⁶ Den „gerechten Krieg“ in der vorreformatorischen Tradition untersucht Engelhardt (1980), ebenso die Rezeption in der katholischen Tradition bis ins 20. Jahrhundert und in der Nachkriegszeit. Die Debatte im deutschen Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre zeichnet Lienemann (1980) nach. Eine treffende Abgrenzung von gerechtem Krieg und Völkerrecht findet sich bei Kimminich (1980) im selben Band (Steinweg 1980).

deutsche Städte, begann die Theorie wieder an Bedeutung zu gewinnen (Rengger 2002, 355). Jedoch erst die Debatte über den Vietnamkrieg in den USA führte zum „Triumph of Just War Theory“ (Walzer 2002).

Im Mittelpunkt dieser Überlegungen standen nicht nur die finanziellen Kosten des Krieges und die gefallenen US-Soldaten, sondern auch die Art und Weise, in der das US-Militär den Krieg geführt hatte, und die mangelnde Rücksichtnahme auf das Leiden vietnamesischer Zivilisten. Die Diskussion über den Einsatz von Napalm und die Aufdeckung des Massakers von My Lai löste besonders innerhalb der politischen Linken eine Debatte über moralische Fragen der Kriegführung aus. Auch im US-Militär stellte man sich daraufhin die Frage, inwieweit die Art und Weise der Kriegführung und das damit verbundene moralische Versagen zur Niederlage in Vietnam beigetragen hatten. Diese Auseinandersetzungen induzierten einerseits einen akademischen Diskurs über die Theorie des gerechten Krieges, zum anderen veränderten sie auch die Art und Weise, in der Kriege geführt werden: Militärische Akteure versuchen Rücksicht auf Zivilisten zu nehmen, auch weil neue Waffentechnologien wie zum Beispiel lasergesteuerte Präzisionsbomben dies möglich machen. Sie werden genutzt um dies auch öffentlich zu demonstrieren und die verschiedenen Aspekte der Theorie des gerechten Krieges dienen immer öfter zu seiner Rechtfertigung (Walzer 2002).¹⁷

Die Theorie des Gerechten Krieges stützt sich auf eine Reihe von Kriterien. Über diese gibt es zwar in der Literatur weitgehende Einigkeit, jedoch unterscheidet sich die Zusammenfassung der Einzelkriterien. Hier sollen die zentralen, von Gruber (2008: 41) in der Forschungsliteratur identifizierten Kriterien genutzt werden: In ihnen kumulieren die historische Theorieentwicklung und die auf die Gegenwart bezogene aktuelle Interpretation der Theorie.

Recht zum Krieg (<i>ius ad bellum</i>):	Recht im Krieg (<i>ius in bello</i>):
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gerechter Grund ▪ Richtige Absicht ▪ Legitime Autorität ▪ Krieg als letztes Mittel ▪ Vernünftige Aussicht auf Erfolg ▪ Verhältnismäßigkeit der Entscheidung, Krieg zu führen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Immunität von Nicht-Kombattanten ▪ Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel

Tabelle 1: Kriterien des gerechten Krieges (in Anlehnung an Gruber 2008).

Die Kriterien des *ius ad bellum* richten sich primär an Staatsoberhäupter, da diese die Entscheidung über Krieg und Frieden treffen und im Zweifel für diese Entscheidung zur Verantwortung gezogen werden – wie beispielsweise die Anklage wegen

¹⁷ Gerade letzteres wurde auch durch Barack Obamas Rede vor dem Nobelkreiskomitee am 10. Dezember 2010 demonstriert.

„Verbrechen gegen den Frieden“ in den Nürnberger Prozessen zeigte (Orend 2008). Die wesentlichen Aspekte der Kriterien des *ius ad bellum* sind folgende:

1. Der gerechte Grund (*causa iusta*). Hierbei handelt es sich um den meistdiskutierten Aspekt des *ius ad bellum* – die Frage, aus welchem Anlass ein Staat Krieg führen sollte. Typische Argumente sind hier die Selbstverteidigung gegen einen Angriff von außen, aber auch der Schutz anderer vor solchen Angriffen bzw. der Schutz einer Bevölkerung im Rahmen „humanitärer Interventionen“ (Orend 2008). Zentral für das heutige Verständnis sind dabei die Vorschriften der UN-Charta (Gruber 2008: 63), die über die Artikel 1, 33, 39 und 51 Verbrechen gegen den Frieden definiert. Darüber hinaus werden Interventionen als legitim angesehen, wenn Bürgerkriege die Bevölkerung bedrohen (Graham 1997: 109) oder Sezessionen und Massaker eine Intervention nötig machen (Walzer 2006: 91-108).
2. Die richtige Absicht (*recta intentio*). Dies ist ein Schlüsselkriterium der öffentlichen Debatte in Kriegeinsätzen, da es um die Frage geht, inwieweit der angegebene Grund mit den tatsächlichen Motiven für einen Krieg übereinstimmt. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass lediglich die Wiederherstellung des Friedens und der Aufbau stabiler Strukturen, etc. akzeptable Motive im Sinne des gerechten Krieges darstellen (Fixdal/Smith 1998: 301). Zumeist ist jedoch ein breiter Komplex von Interessen vorhanden: „States don’t send their soldiers into other states, it seems, only in order to save lives“, schließt Walzer (2006: 101). Dies muss, so Gruber, aber kein Argument gegen gerechte Kriege sein (Gruber 2008: 66-68).
3. Die legitime Autorität (*legitima auctoritas*). Thomas von Aquin befand nur eine höchste politische Autorität könne über Krieg und Frieden entscheiden – also eine Autorität, die nur Gott als Richter über sich habe. Das hieß, dass niederen Fürsten kein Recht Krieg zu führen zukam (Krause 2008: 119). Heute besitzen zwar alle Staaten grundsätzlich die legitime Autorität, Kriege zu führen, eingeschränkt wird dies jedoch durch das Gewaltverbot in Art. 2 (4) der UN-Charta. Die völkerrechtliche Legalität entsteht durch das Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrates (Gruber 2008: 50-62).
4. Krieg als letztes Mittel (*ultima ratio*). Ein Militäreinsatz ist nur legitim, sofern alle anderen Mittel ausgeschöpft sind, die es möglich machen würden, die Situation friedlich zu lösen. Das heißt aber nicht, dass alle friedlichen Mittel gescheitert sein müssen, vielmehr genügt es, wenn sie als aussichtslos angesehen werden. Hier steht vor allem die Frage nach der Dringlichkeit der Situation im Vordergrund (Gruber 2008: 71-72). Beispielhaft kann die Diskussion im Vorfeld des Irak-Krieges 2003 angeführt werden: Im Kern konzentrierte sich die öffentliche Debatte in diesem Fall auf den Konflikt zwischen den USA – dem

„neuen“ und dem „alten Europa“ – auf die Frage, ob schon alle Mittel ausgeschöpft seien und wie dringlich eine Intervention im Irak sei.¹⁸

5. Die vernünftige Aussicht auf Erfolg (die lateinische Formel *iustus finis* weist hier auf das einzig mögliche gerechte Ziel hin: den Frieden). Es sind auch Fälle denkbar, in denen zwar keine Erfolg versprechenden friedlichen Mittel zur Verfügung stehen, gleichzeitig aber auch ein militärisches Eingreifen nicht Erfolg versprechend ist (Mayer 1999: 301). Dabei stehen zwei Fragen im Vordergrund: Kann das Ziel mit militärischer Gewalt erreicht werden oder vergrößert es das Leid nur? Und: Welche Folgen hat die Bekämpfung eines Unrechts? (Graham 1997: 61)
6. Verhältnismäßigkeit der Entscheidung, Krieg zu führen (*proportionalitas*). Die Verhältnismäßigkeit eines Krieges lässt sich unter der grundlegenden Frage zusammenfassen, ob ein Krieg mehr Nutzen bringt, als er Schaden verursacht. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass die Schäden bei beiden Kriegsparteien berücksichtigt werden müssen. So müssen beispielsweise große Opferzahlen – wie beim Kriegsgegner im zweiten Golfkrieg bei der Befreiung Kuwaits – oder Auswirkungen auf die internationale Politik, wie im Zuge des Krieges gegen den Irak im Jahr 2003, mit einbezogen werden.

1.2. *Das ius in bello als Widerspruch zur modernen Kriegsführung: Asymmetrische Kriege, Risk-Transfer Warfare und postheroische Gesellschaften*

Das *ius in bello* ist hingegen vor allem an das Militär gerichtet und gibt moralische Kategorien der Kriegführung vor. Dabei stehen zwei Kriterien im Mittelpunkt¹⁹ – das Prinzip der Immunität von Nicht-Kombattanten und die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel:

1. Die Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten (*Immunitätsprinzip*). Dieses Kriterium zielt im Kern auf die Unterscheidung von Soldaten und Zivilisten, weiter gefasst geht es um die Unterscheidung zwischen Akteuren, die eine Bedrohung für eine Konfliktpartei darstellen und Akteuren, die keine darstellen. Zentrales Kriterium ist dabei die Zugehörigkeit zu den beteiligten Streitkräften.

¹⁸ Dazu auch Kutz (2006b) und Viehrig (2008).

¹⁹ Gerade beim *ius in bello* zeigt sich die unterschiedliche Zusammenfassung der Kriterien bei verschiedenen Autoren. Beispielsweise identifiziert Orend hier verschiedene weitere Kriterien wie die Ächtung von Waffen, das Verbot von Waffen und Methoden, die „evil in themselves“ sind oder den Schutz von Kriegsgefangenen (2008). Hier – so lässt sich vermuten – ist entscheidend, ob die Autoren die Kriterien eher aus dem klassischen philosophischen Diskurs oder aus dem Kriegsvölkerrecht ableiten.

2. Verhältnismäßigkeit der eingesetzten militärischen Mittel. Darunter kann zum Beispiel der Einsatz von geächteten Massenvernichtungswaffen fallen, aber auch die Nutzung von Napalm und „Agent Orange“ wie im Vietnamkrieg. Auch die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki gehören dazu. Meist steht dieses Kriterium in einem engen Zusammenhang mit dem Immunitätsprinzip, da der Einsatz von unverhältnismäßigen Mitteln meist auch mit dem Tod überproportional vieler Zivilisten einhergeht. Hier können auch strategische wie taktische Entscheidungen eine wesentliche Rolle spielen – so zum Beispiel die Bombenabwürfe von Kunduz auf Anforderung der Bundeswehr.

Diese Kriterien spielen – wie die Beispiele zeigen – in der öffentlichen Debatte über Kriege immer wieder eine Rolle. Kriege werden von der Mehrheit der Bevölkerung offenbar nur als gerecht und angemessen wahrgenommen, wenn die Kriterien des gerechten Krieges erfüllt sind, bzw. sie als erfüllt geglaubt werden. Gleichzeitig gibt es wiederum Aspekte der Kriegsführung (bzw. deren öffentlicher Wahrnehmung) die einen Widerspruch zu den Kriterien des gerechten Krieges darstellen. Insbesondere der Unwille, das Leben der eigenen Soldaten zu riskieren, konterkariert leicht vor allem die Regeln des *ius in bello*.

Anders als im Zweiten Weltkrieg und in den atomaren Strategien des Ost-West-Konfliktes sind in diesen Kriegen Zivilisten kein direktes Ziel der Kriegsführung durch die intervenierenden Staaten. Auch die Kriterien des *ius in bello* werden durch diese Akteure zumindest in die Überlegungen mit einbezogen. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat sich zudem in den USA und Europa eine gesellschaftliche Veränderung ergeben, die große Auswirkungen auf die Art und Weise hat, wie Krieg geführt wird: Die Bereitschaft, eigene Soldaten zu opfern, ist immer weiter gesunken. Für diesen Prozess hat Edward N. Luttwak den Begriff der „post-heroic Warfare“ (1995) geprägt. Die Bevölkerung in entwickelten Demokratien ist nicht mehr bereit, „die seit dem Ersten Weltkrieg antizipierbar hohen Verluste eines [... symmetrischen] Krieges hinzunehmen“ (Münkler 2002a: 219) und demzufolge sind „postheroische Gesellschaften“ solche, „in denen der Mentalität des Heldentums keine sozialkonstitutive Rolle zukommt“ (Münkler 2002b). Den Schlüssel für diese Entwicklung sieht Luttwak (1995: 115) in der demografischen Entwicklung dieser Gesellschaften:

“War fought for great purposes implies a willingness to accept casualties even in large numbers. Moreover, a certain tolerance for casualties was congruent with the demography of preindustrial and early industrial societies, whereby families had many children and losing some to disease was entirely normal. The loss of a youngster in combat, however tragic, was therefore fundamentally less unacceptable than for today's families, with their one, two, or at most three children. Each child is expected to survive into adulthood and embodies a great part of the family's emotional economy“

Knöbl sieht in der Parallelität von demografischer Entwicklung und gesellschaftlichem Postheroismus jedoch eher einen Scheinzusammenhang (2007: 76) und weist auf mehrere andere Prozesse: Zum einen haben die Demokratisierungsprozesse des vergangenen Jahrhunderts zu politischem Widerstand gegen das massenweise Opfern von Soldaten im Stellungskrieg geführt, zum anderen haben auch der Wertewandel postindustrieller Gesellschaften und die damit verbundenen Individualisierungsprozesse die Bereitschaft zu Opfern verringert (Knöbl 2008: 69-77).

Trotz der Debatte über den Begriff des „Heroismus“ sowie über die Ursachen der Veränderung besteht dennoch ein Konsens, dass der Tod von Soldaten immer weniger akzeptiert wird. Daher hat sich infolge dieser Veränderungsprozesse auch die Art und Weise verändert, in der demokratische Staaten Krieg führen. Neue Strategien, neue Waffensysteme und neue Konzepte des Umgangs mit Medien erlauben es,

“to fight wars at little human cost to itself. And since the risk to human lives, pictured on television, has been since Vietnam the major political risk of war, this also means that the West is able to fight wars with a great reduction in the political costs” (Shaw 2002: 348).

In Anlehnung an Shaw (2002) lassen sich fünf Elemente dieses Risk-Transfer-Militarismus identifizieren:

- Es werden vor allem und gezielt gegnerische Kombattanten getötet.
- Kriege werden vor allem aus der Luft geführt, während – wenn möglich – lokale Alliierte die Risiken am Boden tragen.
- Angriffe auf Zivilisten sind nicht intendiert und werden nach Möglichkeit vermieden, passieren dennoch in allen Kriegen. Dies geschieht vor allem durch Risikovermeidung für eigene Soldaten, da zum einen Luftstreitkräfte genutzt werden, um eigene Bodentruppen keinem Risiko auszusetzen und Flugzeuge meist aus großer Höhe ohne direkten Sichtkontakt angreifen.
- Indirekte zivile Opfer, die beispielsweise aufgrund von Flucht, Hunger, Dürre sterben, werden eher in Kauf genommen, da die Ursache oft nicht direkt nachvollziehbar ist.
- Gleichzeitig wird ein professionelles Medienmanagement eingesetzt, um die Verfügbarkeit von Bildern zu reduzieren, die Kriegsoffer zeigen, und um Ereignisse im eigenen Sinne zu interpretieren.

Aus der Kombination der Lehre vom gerechten Krieg mit den Konsequenzen der postheroischen Gesellschaften und des daraus folgenden risk-transfer-militarism zeigt sich, dass es sich um widersprechende Ziele handelt. Der Schutz eigener Soldaten lässt sich oft nur maximieren, indem Mittel der Kriegsführung gewählt werden, die eine Unterscheidung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten er-

Öffentlichkeitsarbeit in Kriegen

Legitimation von Kosovo-, Afghanistan- und Irakkrieg in
Deutschland und den USA

Kutz, M.-S.

2014, X, 326 S. 7 Abb., 1 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-04863-1